

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Christoph Maier

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Martin Böhm

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Helmut Markwort

Abg. Alexander König

Abg. Florian Siekmann

Abg. Walter Taubeneder

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Die Menschen für Europa gewinnen"

In der Aktuellen Stunde dürfen einzelne Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Rednerinnen und Redner, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Als Erster hat Kollege Dr. Franz Rieger das Wort.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin – heute mit zwei Herzchen auf den Wangen, ein Novum –, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Tobias Reiß (CSU): Europagelb sind die!)

– Es sind keine Europaherzchen, aber es geht in die Richtung.

(Tobias Reiß (CSU): Doch, die sind europagelb!)

Das Jahr 2019 wird ganz wichtig für Europa und die Europäische Union. Die Europäische Union muss wahrscheinlich den Austritt Großbritanniens und damit den Verlust eines bedeutenden Mitglieds verkraften. Vielleicht kommt es sogar, was wir alle nicht hoffen, zu einem harten Brexit. Europa muss in der Klima- und in der Energiepolitik einen großen gemeinsamen Schritt vorankommen. Nur so können wir die Pariser Klimaziele erreichen. Europa muss in der Migrationsfrage tragfähige Lösungen bieten. Dabei geht es um den Schutz der Außengrenzen bis hin zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Europa braucht eine echte Strategie für die Finanz- und Währungsstabilität. Es gibt – Sie wissen es alle – große Unterschiede zwischen den Wirtschaften der Nord- und der Südländer. Diese müssen wir vermindern. Nur so können wir dauerhaft zu geordneten Finanzen zurückfinden und eine stabile Währung gewährleisten. Das

ist gerade für unsere Rentner und Sparer enorm wichtig, und das ist – man darf das auch sagen – ein Stück Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und natürlich, meine Damen und Herren, stehen Europawahlen in einer Zeit der politischen Unwägbarkeiten an.

Viele Jahre war Europa Konsens. Es gab Konsens über die Entwicklung, Konsens über das Europa, wie wir es heute haben. Dieser Konsens ist vorbei. Wir beobachten eine starke Polarisierung. Auf der einen Seite hören wir Stimmen, die Europa die Lösung aller Probleme auftragen und in Europa die Lösung aller Probleme sehen, die die Vereinigten Staaten von Europa wollen und dafür sogar unsere Souveränität aufgeben würden. Auf der anderen Seite stehen die Populisten, die Europa grundsätzlich ablehnen und aus übersteigertem Nationalgefühl von einem "Dexit" fabulieren. Was dieser aber auslösen würde, meine Damen und Herren, sehen Sie an der jetzigen Diskussion bzw. an dem jetzigen Stand beim Brexit.

Bei den Europawahlen geht es somit um nichts weniger als die Frage: Bleibt die Europäische Union handlungsfähig? Sind weiterhin Mehrheiten möglich, die ein besseres Europa voranbringen, und zwar nicht im Sinne unserer Eliten, sondern für alle Menschen? – Ein gelähmtes Europa, meine Damen und Herren, bedeutet Instabilität. Instabilität gefährdet den Frieden und den Wohlstand in Europa. Aber wir müssen auch erkennen: Die Menschen in Europa sind skeptischer geworden, selbst bei uns in Bayern, und das, obwohl wir von Europa außerordentlich stark profitieren. Europa hat uns Frieden gebracht und uns in Bayern als exportstarkem Land sehr viel Wohlstand. Aber vieles nehmen wir alle heute als selbstverständlich wahr: das Reisen ohne Passkontrollen, die gemeinsame Währung, die Bildungsmöglichkeiten in anderen EU-Ländern und vieles mehr.

Wir als CSU haben das Friedensprojekt Europa von Anfang an begleitet, wenn auch manchmal kritisch. Doch wir wissen um die Bedeutung Europas. Franz Josef Strauß

hat es so ausgedrückt: Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland, Europa unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

In diesem Sinne wollen, ja müssen wir alle dem Populismus entgegentreten und die Menschen wieder für Europa zurückgewinnen. Wir müssen aufs Neue vom Projekt Europa überzeugen. Wir müssen die Menschen für Europa begeistern. Jeder hat dafür seinen Ansatz. Für uns ist 2019 eine Richtungsentscheidung notwendig. Welches Europa wollen wir aufbauen und welches Europa wollen wir unseren Kindern hinterlassen? – Das, meine Damen und Herren ist, die entscheidende Frage. Für uns ist klar: Wir treten ein für ein bürgerliches Europa, für ein demokratisches Europa, für ein bürgernahes Europa. Was heißt das aber konkret? – Das heißt:

Erstens, klare Werte. Europa muss immer auch eine Wertegemeinschaft sein: für Demokratie, für Menschenrechte, für Rechtsstaatlichkeit und natürlich für Solidarität.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Diese Werte müssen alle Staaten einhalten, die in der EU sind oder ihr beitreten wollen. Die Türkei hat sich unter Erdogan von diesen Werten sehr, sehr weit weg bewegt. Und deshalb, meine Damen und Herren, gibt es derzeit keine Perspektive für Beitrittsgespräche. Aber es gilt auch nach innen: Wir müssen einzelnen Mitgliedstaaten diese Werte verdeutlichen. Dabei ist wichtig, dass sie unsere Partner bleiben. Ausschließen ist nicht der richtige Weg.

Zweitens. Ein bürgerliches Europa ist demokratisch. Wir wollen das EU-Parlament stärken. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament muss deshalb jede Stimme das gleiche Gewicht haben. Wir streben deshalb eine Änderung des deutschen Wahlrechts an, damit die Abgeordneten zum EU-Parlament in Wahlkreisen direkt gewählt werden können. Das gibt Europa ein Gesicht, und das schafft Vertrauen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Drittens. Europa muss transparenter und weniger bürokratisch werden. Die Menschen müssen wieder besser verstehen, wie die Entscheidungen auf europäischer Ebene fallen, wie sie zustande kommen.

Viertens. Ein bürgerliches Europa hat vor allem auch klare Regeln, klare Verantwortlichkeiten zwischen EU, Mitgliedstaaten und Regionen. Die Euro- und Schuldenkrise hat uns nämlich gezeigt, dass unklare Verantwortlichkeiten, ein Hin- und Herschieben von Verantwortung, Vertrauen bei den Menschen kosten. Europa hat starke Mitgliedstaaten und Regionen. Sie tragen Verantwortung. Den Schwarzen Peter allein nach Brüssel zu schieben, wäre zu billig. Deshalb sind die Mitgliedstaaten für stabile Finanzen und Investitionen in die Zukunft selbst verantwortlich. Eine Vergemeinschaftung von Schulden, auch durch die Hintertür, lehnen wir strikt ab. Ich sage es ganz offen: Auch die EZB muss wieder zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückkehren. Die Politik des billigen Geldes – wir erleben das täglich, ich brauche das hier nicht näher auszuführen – stößt an ihre Grenzen. Sie schadet den Sparerrinnen und Sparern und verhindert vor allen Dingen dringend notwendige Strukturreformen, vor allem in den südlichen Ländern Europas.

Genauso sind wir dafür, dass der EU-Haushalt nach dem Weggang Großbritanniens nachhaltig aufgestellt wird. Die EU muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Sie muss sich darauf konzentrieren, dass sie das macht, wozu ein einzelner Nationalstaat auf der Weltbühne nicht fähig ist. Deshalb halten wir auch eine europäische Arbeitslosenversicherung für falsch. Jedes Land trägt die Verantwortung, muss selbst die Verantwortung tragen für die soziale Absicherung seiner Bürger. Was Europa leisten kann und soll, ist Unterstützung, zum Beispiel durch eine bessere Zusammenarbeit bei der Vermittlung von jungen Menschen, die Arbeit suchen. Wir glauben, dass wir die Menschen mit dieser im besten Sinne bürgerlichen Vision für ein Europa der Mitte und ein Europa der Vernunft zurückgewinnen können. Meine Damen und Herren, dies gilt umso mehr, als wir in Bayern heuer die historische Chance haben, dass mit Manfred Weber einer von uns Kommissionspräsident wird.

(Beifall bei der CSU)

Manfred Weber ist heimatverbunden und bodenständig. Er ist aber zugleich überzeugter Europäer, der sehr gut vernetzt ist und sich sehr gut auf der europäischen Bühne auskennt. Manfred Weber steht für diesen Aufbruch. Er verkörpert diesen Aufbruch in ein besseres, bürgerliches Europa. Er verkörpert diesen Gedanken der bayerischen Heimat einerseits und der europäischen Zukunft andererseits.

Über Konzepte kann und soll man diskutieren. Aber eines muss uns allen am Herzen liegen: Wir müssen die Menschen für die Europawahl interessieren. Wir müssen sie sensibilisieren. Wir müssen Sie begeistern.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, etwas kürzer sensibilisieren!

Dr. Franz Rieger (CSU): Wir dürfen die Europawahlen nicht dem Desinteresse, den Protestwählern oder gar den Extremen überlassen. Da sind wir alle gefragt, und dabei bitte ich Sie alle um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Ludwig Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt 40 Jahre alt, und das heißt für mich: Ich durfte 40 Jahre in Frieden, Freiheit und Demokratie leben. Das ist wirklich das größte Geschenk, was unsere Eltern uns je machen konnten. Das verdanken wir einem starken, vereinten Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich hier so in die Reihen schaue, sehe ich viele, denen es genauso geht. Hier in Frieden, Freiheit und Demokratie leben zu dürfen, ist ein Geschenk, eine Errungen-

schaft, die wir selber nie erkämpfen, nie erstreiten mussten. Wir haben das wirklich als das größte Geschenk unserer Eltern dankbar angenommen. Das eint uns.

Was ist aber in diesem Fall der große Unterschied zwischen uns GRÜNEN und der CSU? – Die Frage ist doch – wenn man dieses Geschenk bekommen hat, in Europa leben zu dürfen –, was man daraus macht. Wächst daraus die Verantwortung, Europa weiterzuentwickeln, Europa zu stärken, es sozial gerechter zu machen? Oder geht man so damit um wie Markus Söder, der vor ein paar Monaten vom Ende des geordneten Multilateralismus gesprochen hat? – Diese geordnete Zusammenarbeit in Europa garantiert Frieden, Freiheit und Demokratie hier in Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade hat Kollege Rieger von der CSU angesprochen, was Sie sich alles vornehmen. Dabei hatten Sie schon einige Widersprüche. Ich habe mich gleich daran erinnert, dass Sie vor nicht allzu langer Zeit Viktor Orbán zu Ihrer Fraktionsklausur eingeladen haben, der wirklich ein bekennender Feind Europas, kein Freund Europas ist.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Man kann durchaus, man muss durchaus mit diesen Menschen reden. Das ist vollkommen richtig. Aber muss man wirklich Hof für sie halten, sie gezielt einladen, und sich dann mit ihnen zusammensetzen? – Das war grundlegend falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe das Gefühl, dass Ihnen jetzt die Augen aufgegangen sind und Sie gemerkt haben, was droht, wenn man Europa, unser Europa, schlechtredet, anstatt es zu stärken. Es ist gut, dass Sie es jetzt verstanden haben. Es ist doch wie im echten Leben mit guten Freunden: Die guten Freunde Europas zeigen sich, indem sie auch dann zu Europa stehen, wenn es schwierig wird, wenn die Situation nicht ganz so einfach ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen auch zu unseren europäischen Freunden stehen, die gerade Schwierigkeiten haben. Spanien und Griechenland haben eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Das ist auch unser Problem. Uns kann es nicht egal sein, wenn diese Länder mit einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 30 % zu kämpfen haben. Wir müssen diese Länder unterstützen und dürfen ihnen nicht die kalte Schulter zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie machen wir Europa stärker? – Wir machen Europa stärker, indem wir es weiterentwickeln und bereit sind, in dem einen oder anderen Bereich Kompetenzen abzugeben, die Europa besser als die Nationalstaaten ausfüllen kann. Als Stichwort möchte ich die Besteuerung großer Konzerne wie Amazon nennen. Die nationalen Staaten kriegen das selber nicht mehr hin. Hier ist Europa gefragt. Auch dafür müssen wir Europa stärken.

Europa darf aber auch keine Rosinenpickerei betreiben nach dem Motto: Solange es uns gut geht, ist es ganz angenehm, zum Beispiel freie Märkte zu haben, aber wir sind nicht bereit, für Schwächere einzustehen. – Das ist nicht das Europa, wie ich es verstanden habe. Ich habe Europa immer so verstanden, dass bei aller Vielfalt der verschiedenen Länder das Positive erhalten wird. Das Negative jedes Landes sollte der Geschichte angehören und wird beiseite geschoben.

Ich sage ganz deutlich: Europa ist nicht nur eine Solidargemeinschaft; es ist auch eine Wertegemeinschaft. Wenn wir uns als Wertegemeinschaft begreifen, dann darf uns nicht kalt lassen, wenn im Mittelmeer täglich Menschen ertrinken. Hier werden die Werte Europas verraten. Das muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal kurz auf das Bild der guten Freunde Europas zurückkommen. Ich bin durchaus ein Optimist. Ich würde mich freuen, wenn Sie von der CSU es mit

dem Ziel der Schaffung eines starken, demokratischeren und gerechteren Europas ernst meinen würden.

(Alexander König (CSU): Das meinen wir schon ernst!)

In den nächsten Wochen, Monaten und auch Jahren wird es sich zeigen, wie Sie zum gemeinsamen Projekt Europa stehen. Bislang sagen Sie "weniger Europa", wenn es schwierig wird, und dann wieder "etwas mehr Europa". Wir brauchen ein Fundament des Handelns über die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

(Alexander König (CSU): Das haben CSUler schon gesagt, als es noch gar keine GRÜNEN gab!)

Ich habe am Anfang meiner Rede das große Geschenk genannt, das uns unsere Eltern gemacht haben. Unsere Aufgabe ist es doch, unseren Kindern eines Tages ein demokratischeres, gerechteres und stärkeres Europa weiterzugeben. Daran müssen wir arbeiten. Dafür kämpfen wir mit all unserer Kraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. – Ich erteile Herrn Kollegen Maier das Wort. Er möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen.

Christoph Maier (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantrage die Feststellung, ob es mit der Würde des Hohen Hauses vereinbar ist, sich aus Wahlkampfgründen oder populistischen Gründen im Bayerischen Landtag als Biene zu verkleiden.

Präsidentin Ilse Aigner: Ich möchte diese Angelegenheit pragmatisch lösen. Frau Kollegin Franke, ich habe zwei Herzerl auf der Wange, weil die Schäffler da waren, aber vielleicht könnten Sie Ihre Verkleidung entfernen. –

(Beifall bei der CSU und der AfD – Die Abgeordnete Anne Franke (GRÜNE) nimmt ihren Bienenfühler-Haarreif ab)

Herr Kollege Gotthardt, jetzt haben Sie das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Vorsitzender des Europaausschusses bin ich froh und dankbar, dass wir heute zum zweiten Mal in Folge Europa und die Europäische Union ganz oben auf unserer Agenda haben. Das ist bayerische Politik, wie wir sie machen wollen. Für uns ist europäische Politik bayerische Innenpolitik. Sie hat ihren ganz festen Platz hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir gestalten gemeinsam unsere Heimat Europa. Als Germanist muss ich sagen: Ich finde den Titel der Aktuellen Stunde "Die Menschen für Europa gewinnen" gut. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen. Ich möchte kein Europa, das ich den Menschen vermitteln muss. Mein Idealbild ist ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, ein Europa, das die Menschen sind. Ich möchte ein Europa der Bürgerinnen und Bürger, das aus den Bürgern heraus lebt. Dies zu fördern muss unser Ziel hier im Bayerischen Landtag sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Herr Hartmann, Sie haben in Ihrer Rede Kritik an der Kritik an Europa geübt. Ich glaube, wir müssen ganz deutlich unterscheiden: Wir haben zum einen die Idee Europa. Als überzeugter Europäer sage ich: Diese Idee dürfen wir niemals infrage stellen. Die Idee des Friedensprojekts Europa ist für mich unverrückbar. Wer dieses Friedensprojekt Europa infrage stellt, der handelt für mich nicht nur grob fahrlässig, er ist für mich als Diskussionspartner auch nicht mehr akzeptabel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum anderen gibt es aber Kritik am System Europa. Nicht jeder, der Punkte im System Europa kritisiert, ist gegen Europa. Wir wollen Europa weiterentwickeln. Deshalb kritisieren wir es ja. Wir müssen einzelne Punkte herausgreifen und sagen, was gut und

was schlecht läuft. Ich habe selbst viele Jahre in Brüssel gearbeitet und kann Ihnen sagen: In diesem Haus knarzt es an vielen Ecken und Enden. Wir sind auch dazu da, diese Fehler zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass Europa richtig gut läuft und das liefert, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Bei der Frage, wie wir die Menschen für Europa gewinnen, fallen mir vier "R" ein, nämlich mutige Reformen, starke Regionen, gesunder Realismus und mehr Respekt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich beginne mit den Reformen. Wir haben schon vom Kollegen Rieger gehört, es gibt viel zu reformieren. Ich glaube, dass wir gerade im Schatten des Brexits gut beraten sind, nicht über einen Austritt, sondern über einen Fortschritt für Europa nachzuverhandeln. Wir brauchen im Grunde einen New Deal für Europa, nicht einen für Großbritannien. Vielleicht gewinnen wir mit diesem New Deal Großbritannien wieder zurück und bringen die Europäische Union näher zu den Bürgern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein zweiter Punkt, der mir als Ausschussvorsitzendem sehr wichtig ist, sind starke Regionen. Ich will ein starkes Bayern in Europa, das heißt, eine starke Präsenz der Staatsregierung, aber auch des Landtags. Ich bin sicher, dass ich hier mit der Staatsregierung einer Meinung bin. Am Montag hat die Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten in Brüssel stattgefunden. Hier wurde vieles angestoßen. Wir haben großes Potenzial, unseren Einfluss als Bayerischer Landtag in Brüssel weiter auszubauen. Wir müssen dort Präsenz zeigen und für die Bürgerinnen und Bürger Stimme sein. Ich lasse mich nicht damit abspeisen, nur eine Subsidiaritätspolizei zu sein. Der Bayerische Landtag muss die Gesetzgebung in Europa vom Anfang bis zum Ende mitgestalten. Ich bin mir sicher, dass ich mit dieser Auffassung die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen an meiner Seite habe. Europapolitik ist baye-

rische Innenpolitik. So werden wir sie auch im Bayerischen Landtag behandeln. Wir werden den formellen und den informellen Weg beschreiten, um das zu garantieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Unterpunkt meines zweiten Punktes "starke Regionen" ist die regionale Kooperation. Wir müssen in Bayern unsere Position im Herzen Europas zusammen mit unseren Freunden in Tschechien und Österreich nützen und stärken. Hier ist viel passiert, und hier muss noch viel passieren. Wir müssen hier die parlamentarische Ebene voranbringen. Ich möchte, dass sich die Bürgerinnen und Bürger und die Abgeordneten alltäglich freundschaftlich begegnen und damit ein starker Pol im Herzen Europas sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Punkt, "gesunder Realismus". Dieser Punkt ist besonders im Hinblick auf den Europawahlkampf wichtig. Europa ist weder Teufelszeug noch eine eierlegende Wollmilchsau. Wir müssen realistisch auf Europa blicken und sehen, was es leisten kann. Darüber müssen wir reden und gegebenenfalls Kompetenzen wieder zurückverlagern. Europa muss in den Bereichen liefern, wo es das kann, groß im Großen und klein im Kleinen, aber nicht auf allen Gebieten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Damit komme ich zu meinem letzten Punkt. Sie haben gerade Herrn Orbán angesprochen, Herr Hartmann. Sie haben recht: Man muss die Partner auch kritisieren. Da bin ich bei Ihnen. Wenn jedoch ein Staats- und Regierungschef eingeladen wird, ist das noch kein Anbiedern.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wie das gelaufen ist, war das schon ein Anbiedern!)

Mein Eindruck ist: Europa krankt daran, dass wir in Europa weniger miteinander, sondern nur übereinander reden. Wir reden weniger miteinander, als Sie gerade mit mir

gesprächen haben, Herr Kollege. Wir müssen miteinander reden. Wer mit dem anderen reden möchte, der muss ihn treffen. Es ist ein ganz normaler Akt, sich mit den europäischen Partnerinnen und Partnern zu treffen. Darüber können wir uns trefflich streiten. Ich will mich auch trefflich in Europa streiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Lieber Kollege, vielen Dank. Die weiteren Gespräche werden bilateral geführt. Sie sind schon deutlich über der Zeit. –Als Nächster hat Herr Kollege Martin Böhm das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen für Europa zu gewinnen – dazu ruft die CSU-Fraktion auf. Gewinnen hat etwas mit Glück oder Pech zu tun.

(Alexander König (CSU): Quatsch!)

Ehrlicher wäre es, die Menschen von der europäischen Idee überzeugen zu wollen. Um zu überzeugen, bedarf es jedoch schlüssiger Argumente. Sie wollen nicht gewinnen und schon gar nicht überzeugen. Sie wollen die Bürger zu Europa überreden. Wenn Ihre diffusen Argumentationsketten bei den Bürgern, die sich selbstbestimmt informieren, nicht zum Erfolg führen, dann packen Sie die rechte Keule aus. Am Ende steht die Schmähung der Menschen, die die bayerische Kultur für gelungener erachten als europäischen Multikulturalismus.

(Beifall bei der AfD)

Der Ruf nach politischer Korrektheit beginnt da, wo der Blick für die Realität endet. Die Menschen für Europa gewinnen – Sie könnten auch sagen: bayerische Staatsbürger für Europa gewinnen. Aber Menschen definieren sich nicht durch das, was sie sagen, sondern durch die Art, wie sie sich verhalten.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Hier rede ich vom Abstimmungsverhalten, das die EU-Abgeordneten der CSU, Hohlmeier und Weber, vor etwa 14 Monaten gezeigt haben. Beide stimmten im EU-Parlament namentlich für die Reform der Dublin-Verordnung und damit gegen den eigenen CSU-Beschluss zu deren Ablehnung. Beide stimmten also für neue Zuwanderung in nicht absehbarem Ausmaß, wie Ihr MdB Stephan Mayer im "Bayernkurier" trefflich bemerkte.

Hohlmeier, Strauß-Tochter, lieber Herr Dr. Rieger, und Weber, designierter Nachfolger des vermutlich an Ischias erkrankten Juncker, ihre Galionsfiguren in Brüssel, überdehnen bei Dublin III den Familienbegriff, um zu Hause nichts für Familien zu tun. Das ist nicht CSU 3.0; das ist CSU 4,5.

Herr Kreuzer, hören Sie auf die Bürger im Land, kümmern Sie sich um die Heimat, bevor Sie sich an der Weltrettung verheben. Pfeifen Sie Ihre Eurokraten zurück, die genauso wenig Realitätssinn haben wie Ihre Abgeordneten hier – auch heute sind die Reihen wieder gelichtet –, die Ihnen in der vergangenen Woche, indem sie durch Abwesenheit glänzten, die 73 : 74-Abstimmungsschlappe eingeschenkt haben.

(Beifall bei der AfD)

Die Menschen für Europa gewinnen – ja, Bayern bekennt sich in seiner Verfassung zu einem geeinten Europa, das den Grundsätzen der Subsidiarität verpflichtet ist, einem Europa der Regionen, in dem diese Regionen maximale Eigenständigkeit haben. Die FDP aber hält an ihrer Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa fest. "Aua!", muss ich da sagen. Ein Schelm, der sich fragt, ab wann denn nun der Verfassungsschutz die Kollegen von der FDP beobachtet. Und noch schlimmer: Die FDP will sich nun von Macron in den EU-Wahlkampf führen lassen, von einem Krypto-Sozialisten, der selbst friedliche Bürger in gelben Westen von der Polizei prügeln lässt.

(Zuruf von der FDP: Lächerlich! – Lachen bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen, Ihr Vorrat an Freiheit ist aufgebraucht. Unser Vorrat an Freiheit wächst ständig. Denn wir als AfD fordern seit jeher Volksabstimmungen darüber, welche Rechte an diese Eurokratie abgegeben werden dürfen.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Uns wird schon himmelangst!)

Sie gewinnen keine Menschen für Europa, Sie verlieren jeden Tag mehr, indem Sie den Völkern die Souveränität nehmen, indem Sie den Regierungen die Selbstbestimmung absprechen und indem Sie die Menschen mit abstrusen Verordnungen geißeln.

Hier sitzen 22 Frauen und Männer, die mit Herz und Verstand Europäer sind, 22 Abgeordnete der Alternative für Deutschland. Wir sind Europäer mit Verstand, weil wir dafür plädieren, die EU auf das richtige Maß der bewährten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückzuführen,

(Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

und wir sind mit dem Herzen Europäer, weil wir die innige Freundschaft souveräner Vaterländer der Brüsseler Eurokratie vorziehen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): Grausam!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Markus Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Verehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Die Rede des Abgeordneten Böhm erinnert mich ein wenig an Viktor Orbán, der in Aserbaidshan aus dem Flugzeug stieg, die Gangway hinunterging, den Boden Aserbaidshans küsste und ausrief, hier fühle er Freiheit – in einem autoritären Land! –, anders als in Brüssel, das das Moskau des 21. Jahrhunderts sei. Damit hat Viktor Orbán die demokratische Europäische Union unserer Zeit mit dem Stalinismus des 20. Jahrhunderts verglichen.

Diese Form von Nationalismus macht unser Europa, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit auf unserem Kontinent kaputt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Deshalb, Herr Abgeordneter Böhm, möchte ich Ihnen erklären, was der Freistaat Bayern von Europa hat.

Bayern liegt im Herzen Europas, Bayern profitiert wie kaum ein anderer Landstrich, kaum eine andere Region auf dem europäischen Kontinent, wie kaum ein anderes Bundesland vom freien EU-Binnenmarkt, dem freien Personenverkehr, dem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr und der gemeinsamen Währung.

(Zuruf von der AfD)

Als siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union sind wir zur Erhaltung der Prosperität im Freistaat Bayern darauf angewiesen, diese Errungenschaften wertzuschätzen und uns zu Gemüte zu führen, dass 56 % der Waren, die aus Bayern exportiert werden, in europäische Partnerstaaten gehen.

Auch auf diverse Fördermittel aus Brüssel hat Bayern im Übrigen Anspruch. Zwischen 2014 und 2020 fließen rund 2,3 Milliarden Euro für verschiedene Projekte und Maßnahmen zu uns nach Bayern, zum Beispiel zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung, der europäischen territorialen Zusammenarbeit, der Land- und Forstwirtschaft und des ländlichen Raums.

Natürlich profitieren die Bürgerinnen und Bürger in Bayern auch von zahlreichen EU-Regeln, die der Sicherheit am Arbeitsplatz, dem Gesundheitsschutz, der Qualität von Lebensmitteln dienen. Von der Freigabe der Preise der Telefonanbieter und Stromlieferanten profitieren auch die Kunden im Freistaat. Auch Probleme wie der Terrorismus, die Organisierte Kriminalität, auch die illegale Einwanderung, der Klimaschutz, die Energiepolitik sind Aufgaben, die nur gemeinsam zu bewältigen sind.

Dennoch fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger auf dem europäischen Kontinent: Sind die Sterne des Europabanners tatsächlich mit Inhalten gefüllt? Jacques Delors hat einmal davon gesprochen, dass sich kein Mensch in einen Binnenmarkt verliebe. Im Jahr 2019 müssen wir uns mehr denn je vergegenwärtigen, dass die Menschen von Europa mehr erwarten, als dass Waren und Dienstleistungen von links nach rechts und von oben nach unten verschoben werden können. Vielmehr erwarten sie die Lösung globaler Probleme wie der Klimaerwärmung, und sie erwarten natürlich auch soziale Gerechtigkeit auf dem europäischen Kontinent.

Wenn schon zwischen 2008 und 2010 1,6 Billionen Euro, 13 % der europäischen volkswirtschaftlichen Leistung, zur Rettung von Banken ausgegeben wurden, dann braucht es natürlich auch Stabilisierungsmechanismen zur Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit, also einen europäischen Mindestlohn, also eine europäische Arbeitslosenrückversicherung, also Steuergerechtigkeit auf dem europäischen Kontinent, weil es nicht sein kann, dass die großen Digitalunternehmen – Amazon, Google, Facebook und wie sie alle heißen – keinen Cent Steuern auf europäischem Boden bezahlen. Deshalb brauchen wir eine Digitalsteuer, und wir müssen die Finanzmarkttransaktionssteuer jetzt endlich umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es nicht um Ölkännchen, deshalb geht es nicht um Duschköpfe, über die im Europawahlkampf von 2014 diskutiert wurde, sondern es geht ums Ganze. Es geht darum, dass das Jahr 2019 keine historische Zäsur werden darf, indem Nationalisten 30 oder 40 % der Abgeordneten im Europäischen Parlament ausmachen. Wir brauchen nun proeuropäische Kräfte, und da fordere ich auch die CSU auf, den neu eingeschlagenen Weg konsequent und glaubwürdig fortzuschreiten. Mit Einladungen an Viktor Orbán und David Cameron wenige Wochen vor dem Brexit – als "CSU-Politik pur" bezeichnete das Ihr damaliger Parteivorsitzender – haben Sie der europäischen Idee einen Bärendienst geleistet. Nein, wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zum Sozialstaat und zum Minderheitenschutz auf dem euro-

päischen Kontinent. Die Demokraten müssen jetzt zusammenhalten. Das erwarte ich vom Europawahlkampf. Meine Partei wird einen starken sozialen Akzent setzen, weil wir auf unserem Kontinent nicht nur ein Europa des freien Marktes, sondern auch ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, ein Europa für die Bürger brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Kollegen Helmut Markwort das Wort.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen ausdrücklich, dass die CSU-Fraktion für die heutige Aktuelle Stunde das Thema gewählt hat: "Die Menschen für Europa gewinnen". Wir werten das als Akt tätiger Reue,

(Alexander König (CSU): Ein bisschen Spaß muss sein!)

denn die CSU hat leider viel dafür getan, Menschen von Europa wegzugraulen. Führende Persönlichkeiten der CSU haben mit Prozessen und Parolen jahrelang Misstrauen gegen die Europäische Union gesät. Die bayerische Bevölkerung hat entsprechend reagiert und ist zu fast 60 % der letzten Europawahl ferngeblieben. Die Wahlbeteiligung 2014 war ein Desaster für Bayern. Der Bundesdurchschnitt lag bei 48,1 %. In Bayern gingen nur 40,9 % zur Wahl. Nur im Land Bremen war die Wahlbeteiligung noch etwas schwächer. Die Bremer konnten sich aber über einen positiven Trend freuen: Ihre Wahlbeteiligung war gestiegen gegenüber der Europawahl von 2009. Im gesamten Bundesgebiet war die Wahlbeteiligung gestiegen um fast 5 %. In Bayern hingegen war sie gesunken, gegen die Europastimmung in Deutschland.

Jetzt wollen wir Freie Demokraten helfen, diesen Negativtrend umzudrehen. Ich fange beim Titel Ihrer Aktuellen Stunde an und nenne sie: "Die Menschen für Europa zurückgewinnen".

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Als ersten Schritt müssen wir die Menschen immer wieder darauf hinweisen, dass wir am 26. Mai die Abgeordneten des Europäischen Parlaments wählen und nicht die Mitglieder der Europäischen Kommission. Diese unsere Volksvertreter müssen wir innerhalb der EU-Konstruktion stärken. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass sie mehr Macht bekommen, dass ihr Einfluss wächst. Sie müssen Gesetze vorschlagen können, so wie dieser Bayerische Landtag. Sie müssen die Kommission kontrollieren. Sie müssen aufhören, wie eine Abgeordnetenkarawane zwischen Brüssel in Belgien und Straßburg in Frankreich hin- und herzuziehen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dieser unsägliche Kompromiss aus den Anfangszeiten der Europäischen Union kostet Europa Sympathien und raubt den Volksvertretern und ihren Mitarbeitern Energie für die wirklich wichtigen Aufgaben. Stellen Sie sich vor, dieser Bayerische Landtag müsste seine Sitzungen abwechselnd in München und Nürnberg abhalten. Was für eine Verschwendung von Zeit und Kosten! Die Wähler müssen das Europäische Parlament so stark machen, dass es selbst über seinen einen Sitz entscheiden kann. Mit der Beendigung des lästigen und teuren Wanderzirkus kann Europa Sympathien zurückgewinnen. Je mehr Menschen am 26. Mai an die Urnen gehen, desto selbstbewusster können die gewählten Abgeordneten an ihre Aufgaben gehen. Wir wollen ein Europa der Bürger und kein Europa der Bürokraten.

(Beifall bei der FDP)

Viele Wähler denken beim Stichwort Europäische Union weniger an das Parlament als an die Kommission. Tatsächlich haben die 14.000 Beamten mehr Macht als die 751 Mitglieder des Parlaments.

(Alexander König (CSU): Das wird woanders auch so sein!)

Die Freien Demokraten fordern in ihrem Europawahlprogramm den Rückbau der Kommissariate. Sie sind unter den Augen der Öffentlichkeit und mit Duldung der Politiker

aller Länder zu einem Monstrum an Bürokratie gewuchert. Ihre schädliche und auch lähmende Vermehrung ist ein abschreckendes Studienobjekt. Zu Beginn gab es neun Kommissare mit neun Kompetenzbereichen. Die waren klar getrennt. Mit jedem Land, das der EU beitrug, wurde ein neuer Kommissar ernannt, und brauchte folgerichtig einen Kompetenzbereich. Dessen Zuständigkeiten wurden bisherigen Kommissaren weggenommen. Aktuell sind die ursprünglich neun Kompetenzbereiche auf 28 Kommissare verteilt. Diese Schnipselei führt zu grotesken Überschneidungen und Rivalitäten. Es gibt ein Kommissariat für Umwelt und eines für Klimaschutz. Eines fühlt sich zuständig für Justiz, das andere für bessere Rechtsetzung. Es gibt einen Kommissar für Digitalen Binnenmarkt und eine Kommissarin nur für Binnenmarkt. Solche Konflikte gibt es zu Dutzenden, und sie werden auch ausgetragen. Die Beamten der 28 Kommissare, an der Spitze ihre Kabinette, kämpfen täglich um Abgrenzungen. Dennoch hören sie nicht auf, uns Verordnungen und Richtlinien zu schicken. Vieles in diesen Geboten kann nur auf europäischer Ebene geregelt werden, aber vieles muss auch Ländersache bleiben.

(Alexander König (CSU): Alles richtig, aber keine Werberede für Europa!)

Wer sich für Europa einsetzt, muss diese Schwächen offen ansprechen. Wir müssen sie beseitigen. Wenn in Brüssel nur noch 18 statt 28 Kommissare agieren, müssen sie untereinander weniger streiten und werden sich hoffentlich auch weniger Richtlinien ausdenken.

Bemerkenswert ist, dass ihre Reduzierung schon einmal beschlossen war. Die Mitgliedsländer der EU erkannten diesen Missstand und beschlossen im Vertrag von Lissabon einstimmig, die Kommission zu verkleinern.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Markwort, Sie müssen langsam zum Ende kommen.

Helmut Markwort (FDP): Vom November 2014 sollte es statt 28 nur noch 19 Kommissariate geben. Weil das irische Volk die Zustimmung zu diesem Vertrag verweigerte,

fand man ein juristisches Schlupfloch, und jetzt haben wir tatsächlich wieder 28 Kommissariate. Das darf nicht wieder vorkommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Markwort, Sie haben deutlich überzogen.

Helmut Markwort (FDP): Gut! – Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass wir das reparieren, und für diese Glaubwürdigkeit setzen wir uns ein. Sie kann Europa helfen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Kollege Alexander König das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Am 26. Mai stimmen wir erstmals bei einer Europawahl darüber ab, ob wir für oder gegen Europa sind. Diese verheerende Fragestellung wird von jenen politischen Kräften in Deutschland und in anderen Teilen Europas geschürt, die zulasten unserer Zukunft Europaskepsis, Europafeindlichkeit und das Wiedererstarken der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts propagieren. Ja, Kolleginnen und Kollegen, leider gibt es bei vielen Menschen eine Europamüdigkeit, und diese bezieht sich auf die EU. Diese Müdigkeit ist auch nicht vom Himmel gefallen, sondern sie hat viele Ursachen.

Die Kenntnis über das politische System der EU ist gering. Die Nachrichten aus dem politischen Europa sind scheinbar meistens schlecht. Die EU steht in den Köpfen vieler Menschen nur für Bürokratie und Geldverschwendung und scheint Ursache für alles zu sein, was schlecht funktioniert. Auch der Euro steht für Europa, ist aber nicht überall positiv besetzt, ganz zu schweigen von der verheerenden Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, welche zwar der einen oder anderen Volkswirtschaft in Südeuropa eine gewisse wirtschaftliche Entspannung beschert; für die Sparer und konservativ wirtschaftenden Menschen, für die Lebensversicherungsnehmer kommt diese Nullzinspolitik aber einer schleichenden Enteignung gleich.

(Beifall bei der CSU)

Alle diese Ursachen beflügeln die Europamüdigkeit, und der unglaubliche Politzirkus der politischen Klasse jenes Staates, der über Jahrzehnte bei reduzierten Beitragsleistungen alle Vorteile der EU in Anspruch genommen hat, trägt das Übrige dazu bei.

Trotzdem ist es grundfalsch, liebe Kolleginnen und Kollegen, gegen die EU zu wettern und eine Europafeindlichkeit zu propagieren, wie es bestimmte aus der Schweiz und aus Moskau finanzierte politische Kräfte tun.

(Beifall bei der CSU)

Es ist schizophren, für das Europäische Parlament zu kandidieren und gleichzeitig dessen Abschaffung als politisches Ziel zu propagieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sollten uns vielmehr bewusst machen, liebe Kolleginnen und Kollegen, welche großartigen Vorteile uns die EU allen miteinander beschert. Über Jahrhunderte haben die totalitären Regime Europas Machtpolitik mit Krieg ausgetragen; östlich ist das leider heute noch üblich. Selbst die familiären Verbindungen der europäischen Herrscherfamilien haben diese nicht davon abgehalten, treue Untertanen immer wieder in verheerende und sinnlose Kriege zu schicken. Königliche und kaiserliche Hoheiten und Diktatoren haben Menschen wie Munition für sinnlose Kriege eingesetzt.

Ich bin nicht nur froh, dass wir keine Diktatoren und keine Hoheiten von Gottes Gnaden mehr haben, sondern dass es dank des europäischen Einigungsprozesses gelungen ist, seit mehr als zwei Generationen in Mitteleuropa in Frieden zu leben.

(Beifall bei der CSU)

Für den Frieden steht Europa, Kolleginnen und Kollegen. Das ist mehr, als unsere Großväter und Großmütter nach dem Zweiten Weltkrieg zu hoffen wagten, als sich die Adenauers auf den Weg machten, die Grundlagen für diesen dauerhaften Frieden zu schaffen. Dafür steht Europa. Das ist der Kern der EU.

(Zuruf von der AfD)

Das ist unser wichtigster Benefit von Europa, wenn ich das mal auf Neudeutsch sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Das zweitwichtigste Gut für die Menschen, das das vereinte Europa, unsere EU, dauerhaft möglich gemacht hat, ist die Freiheit. Glauben jene Kräfte, welche aus niederen parteipolitischen Motiven Stimmung gegen Europa machen, dass Millionen Deutsche, Polen, Ungarn, Bulgaren, Rumänen usw. die Grundfreiheiten erlangt hätten, wenn dem nicht eine europäische Einigung der demokratischen und sozialen Rechtsstaaten Europas vorausgegangen wäre?

(Beifall bei der CSU)

Wer kann sich nicht mehr erinnern an die totalitären Regime Südeuropas, welche erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts nacheinander Demokratien weichen mussten? Auch das wäre ohne das Vorgängereuropa der heutigen EU so schnell nicht Wirklichkeit geworden.

Last but not least ist der unglaubliche Wohlstand, in welchem wir leben dürfen, auch nicht ohne die EU, ohne den europäischen Binnenmarkt, ohne ein Europa der offenen Grenzen, ohne ein gemeinsames Rechtssystem denkbar.

(Zuruf von der AfD: Die Mafia!)

Gerade wir in Bayern, die wir einen wesentlichen Teil unseres Wohlstands mit Exporten in die Europäische Union erwirtschaften – der Kollege Rinderspacher hat es in Zahlen völlig richtig ausgeführt –, sollten uns jederzeit der Vorteile bewusst sein, die uns der europäische Binnenmarkt erst möglich gemacht hat.

Deshalb geht es am 26. Mai bei der Europawahl um eine grundlegende Entscheidung: Nur wenn wir für Europa, nur wenn wir gegen die Rattenfänger der konzeptlosen Pro-

testparteien stimmen, werden wir den europäischen Einigungsprozess erfolgreich fortsetzen können. Deshalb sollten wir alles tun, um die Menschen für Europa zu gewinnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Florian Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Ministerpräsident und die Staatsregierung wollen an ihren Taten gemessen werden. Sie, Herr Rieger, haben davon gesprochen, dass man an Europas Werte auch im Innern erinnern muss. Ich frage Sie: Wo waren denn die CSU-Abgeordneten bei der Rechtsstaatlichkeitsabstimmung im EU-Parlament, bei der Gelegenheit, Ungarn an die europäischen Werte zu erinnern? – Ich sage es Ihnen: Nur ein Einziger hat zugestimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pünktlich zur Europawahl packt die CSU die Europafähnchen aus und beantragt eine Aktuelle Stunde mit dem Titel "Die Menschen für Europa gewinnen"; ein hehres Ziel. Aber es ist offensichtlich, dass die Fähnchen der CSU im Wind der Wahlkämpfe wehen – hin und her, mal so und mal so. Mit dieser Beliebigkeit, meine Damen und Herren, werden wir niemanden für Europa gewinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Menschen für Europa gewinnen wollen, braucht es eine europäische Haltung. Diese Haltung hat die CSU insbesondere im vergangenen Jahr vermissen lassen. Eine europäische Haltung heißt, vor Ort europäisch zu handeln. Dazu gehört die Bereitschaft, zur Erreichung europäischer Ziele vor Ort auch Maßnahmen zu ergreifen, sei es bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens, sei es bei der Luftreinhaltung.

Selbstverständlich wollen wir die Mitsprache der Regionen und Kommunen in Europa ausbauen; Europa muss aber dort unterstützen, wo wir vor Ort an unsere Grenzen stoßen. Wir brauchen kein Kompetenzgezerre, sondern Kooperation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine europäische Haltung heißt, zu betonen, was uns vereint, und nicht nur, was uns trennt. Der kulturelle Austausch ist dazu der Schlüssel. Beim Ausbau von Erasmus+, wodurch Ausbildung und Berufsleben stärker in den Fokus genommen werden sollen, und auch beim Ausbau von Austauschprogrammen für Schülerinnen und Schüler sind wir, glaube ich, alle einer Meinung, oder zumindest fast alle. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass jeder Jugendliche in seiner Schul-, Ausbildungs- oder Studienzeit die Möglichkeit zur Teilnahme an einem europäischen Austauschprogramm hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine europäische Haltung heißt, Politik transparent und nachvollziehbar zu machen, statt hinter verschlossenen Türen zu entscheiden. Sie wollen sich für mehr Transparenz einsetzen, Herr Rieger, für die Abschaffung der Hinterzimmerdeals im Rat. Dann hätten Sie vielleicht bei Ihrem eigenen Bundesminister Schmidt und der eigenmächtigen Zustimmung zur Verlängerung der Erlaubnis des Einsatzes von Glyphosat einschreiten sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir die Menschen für Europa gewinnen wollen, müssen wir zeigen, dass Europa Globalisierung und Digitalisierung zu ihrem Wohl gestalten kann. Europe is not for sale – Europa steht nicht zum Ausverkauf, meine Damen und Herren. Viel zu lange haben sich multinationale Konzerne um ihren gerechten Beitrag zur Gesellschaft gedrückt, fleißig unterstützt von einzelnen Mitgliedstaaten durch Dumping-Steuersätze. Hier müssen wir endlich Gerechtigkeit herstellen. Zur Wahrheit gehört aber auch, meine

Damen und Herren von der SPD, dass Ihr Bundesfinanzminister Scholz hier fleißig auf die Bremse tritt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der größte Schatz der Neuzeit, unser aller Daten, kann nur von der Europäischen Union wirkungsvoll geschützt werden. Sie können noch so viel auf die Datenschutz-Grundverordnung schimpfen: Letztlich ist sie eine Errungenschaft für die Bürgerinnen und Bürger und deren Rechte und auch ein grüner Erfolg unseres Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Umsetzung betrifft, wären wir wieder beim europäischen Handeln vor Ort, da schaue ich in Richtung der Staatsregierung. Die Vorbereitung von Vereinen und Unternehmen hat die Staatsregierung in den zwei Jahren zwischen dem Inkrafttreten im Jahr 2016 und der Geltung im Jahr 2018 sauber verschlafen.

(Zuruf von der CSU: Impertinent! – Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir die Menschen für Europa gewinnen wollen, müssen wir den Mut haben, auf allen Ebenen eine Politik zu betreiben, die den europäischen Geist atmet, in Brüssel, in Berlin und hier in Bayern. Lassen Sie uns Europas Versprechen erneuern!

(Zuruf von der CSU: Das war ein versöhnlicher Schluss!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Walter Taubeneder von der CSU.

Walter Taubeneder (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den Reden, vielleicht bis auf eine Ausnahme, kann man resümieren: Wir brauchen ein starkes Europa, und wir brauchen vor allen Dingen ein starkes Bayern in

Europa. Wir brauchen auch ein besseres Zusammenspiel von EU, Mitgliedstaaten und Regionen und nicht, Herr Böhm, ein Separieren der Nationalstaaten.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Dieses bessere Zusammenspiel ist Aufgabe der Politik, unsere Aufgabe. Nur so überzeugen wir die Menschen. Wir müssen noch deutlicher betonen, warum wir Europa brauchen und warum Europa für uns auch so wichtig ist.

Wie mein Kollege Alexander König schon ausgeführt hat, soll sich die EU um die übernationalen Themen kümmern und zu Lösungen kommen. Das heißt aber nicht, dass wir Europa aus dem Leben der Bürgerinnen und Bürger hinausdrängen wollen, ganz im Gegenteil.

Vielen Menschen ist oft nicht bewusst, wie positiv Europa und die EU sich auf sie selbst auswirken. Ein Beispiel ist die Abschaffung der Roaming-Gebühren und vieles mehr. Sie haben direkten Bezug zu unserem Alltag. Wir müssen den Menschen wieder stärker verdeutlichen, welche positiven Effekte Europa für jede Einzelne und jeden Einzelnen hat. Wir müssen Europa auch Erfolge zuschreiben und dürfen das Negative nicht immer nur nach Brüssel schieben. Wir haben das viel zu oft getan. In diesem Punkt bin ich auch selbstkritisch.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Die Förderprogramme der EU haben gerade für uns Bayern enorme Auswirkungen auf das tägliche Leben. Ich möchte als Beispiel die Strukturförderung nennen.

Wir in Bayern haben per Verfassung bereits dasselbe Ziel wie die EU für ganz Europa: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen schaffen. Dabei hilft uns in Bayern die EU, vor allem mit der Strukturförderung. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung – EFRE – unterstützt in Bayern in der Förderperiode 2014 bis 2020 Maßnahmen für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung. Dafür bekommen wir aus Europa rund eine halbe Milliarde Euro, die wir in die Stärkung der Innovations-

und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stecken, um sie zukunftsfähiger zu gestalten.

Zusammen mit dem Europäischen Sozialfonds, aus dem wir Mittel für Maßnahmen abrufen können, rund 300 Millionen Euro, können wir beispielsweise die Projekte umsetzen, die unsere Bürgerinnen und Bürger fit für die Zukunft und die Arbeitswelt 4.0 machen.

Für grenzüberschreitende Projekte im Rahmen von INTERREG werden insgesamt fast 200 Millionen Euro von Europa speziell in den bayerischen Grenzräumen wirksam. Das kann ich in Passau konkret und gut beobachten. Ein weiteres Beispiel ist die Landwirtschaft. Die Förderung der Landwirtschaft ist für uns in Bayern mindestens genauso wichtig; denn unsere Bauern prägen das Bild Bayerns wie kein anderer Berufsstand.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): So ist es!)

Daher stehen wir zu einer gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Die Landwirtschaft steht mehr denn je vor großen Herausforderungen. Ökonomie und Ökologie müssen dabei den Ansprüchen unserer Landwirtschaft genauso gerecht werden wie denen unserer Gesellschaft. Dafür ist die europäische Förderung eine tragende Säule. GAP basiert weiterhin auf den beiden Säulen Direktzahlungen und ländliche Entwicklung. Sie sind für die Landwirte direkt einkommenswirksam und daher unentbehrlich.

Ein aus bayerischer Sicht wesentlicher Punkt ist die Stärkung der kleinen und mittleren bäuerlichen Familienbetriebe durch Umverteilung und Unterstützung. Dieses Instrument muss in Deutschland beibehalten und über das gegenwärtige Niveau von rund 7 % der Direktzahlungen ausgeweitet werden. Der bayerische Vorschlag ist für eine Mittelverteilung von 15 % des nationalen Budgets. Sowohl für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als auch für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Landwirtschaft sind die EU-Programme extrem wichtig. Wir wollen, dass die EU in Zukunft und im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen Mittel in ausreichender Höhe be-

reitstellt. Die Bedeutung Europas für uns hat Franz Josef Strauß bereits vor 40 Jahren auf den Punkt gebracht. Wir haben das heute schon einmal gehört, man kann es aber nicht oft genug sagen: Bayern ist unsere Heimat, Deutschland unser Vaterland und Europa unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen herzlichen Dank. – Als nächster Redner hat der Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der historische Auftrag unserer Generation ist es, den zivilisatorischen, den historischen Fortschritt, den wir in Europa in den letzten sieben Jahrzehnten erreicht haben, nicht zu verbaseln. Dafür brauchen wir die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger aller europäischen Staaten. Deshalb heißt die Überschrift der Aktuellen Stunde heute zu Recht: "Die Menschen für Europa gewinnen". Das ist übrigens auch der Auftrag, den uns die Bayerische Verfassung in Artikel 3a gibt. Dort heißt es:

Bayern bekennt sich zu einem geeinten Europa, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist, die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen Entscheidungen sichert. [...]

Deshalb müssen diesem Auftrag alle Kräfte dieses Hauses verpflichtet sein. Nach den heutigen Reden hat man zumindest oberflächlich den Eindruck, dass das auch so ist. Alles andere wäre auch verfassungswidrig, meine Damen und Herren.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir mit der notwendigen intellektuellen Redlichkeit an das Thema herangehen sollten. Lieber Herr Kollege Hartmann, in diesem Zusammenhang würde ich Sie bitten, wenigstens beim Thema Europa die parteipolitisch ideologischen Scheuklappen abzulegen.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es den GRÜNEN schon bei innenpolitischen Themen nicht möglich ist, von ihrer moralischen Überheblichkeit wegzukommen, so muss ich sagen, dass das in der europäischen Diskussion wirklich völlig fehl am Platz ist.

(Beifall bei der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Markwort, bei allem Respekt, die Rede war wenig visionär. Sie sind allzu schnell wieder in das alte Klein-Klein-Kritikmuster an der Europäischen Kommission zurückgefallen, ohne wenigstens zu würdigen, dass die Juncker-Kommission in den letzten fünf Jahren an legislatorischer Zurückhaltung gearbeitet hat, wie wir das in den Jahrzehnten davor nicht erlebt haben. Diesen Fortschritt sollte man in den Fokus stellen und nicht die Menschen abschrecken, indem man die Negativaspekte zu stark in den Mittelpunkt stellt.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Böhm, Sie haben Europa einfach nicht verstanden. Sie haben Europa im Prinzip nicht verstanden.

(Alexander König (CSU): Sie wollen es nicht verstehen!)

Informieren Sie sich einmal über die historischen Gegebenheiten, die Geschichte der letzten Jahrzehnte und die Fortschrittsgeschichte Europas, anstatt verquast Schlagworte aneinanderzureihen!

(Beifall bei der CSU)

Wer im Herzen über das Nationale nicht hinauskommt, der wird nie europäisch denken können.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen: Bayern liegt im Herzen Europas, und wir haben Europa im Herzen. Deswegen ist unser Bekenntnis zur europäischen Integration unverrückbar. Wer die europäische Einheit aus populistischen oder nationalistischen Motiven infrage stellt, wer sogar einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union fordert, der steht nicht auf dem Boden der Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei der CSU und der SPD – Widerspruch bei der AfD – Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Meine Damen und Herren, die aktuelle Lage in Großbritannien zeigt, wohin man geraten kann, wenn man die Geister ruft, die man nicht beherrscht. Der Riss und die Spaltung gehen tief durch das Parlament in London und durch die Gesellschaft in Großbritannien. Ich finde, dass wenigstens ein gewisser Impuls des Wachrüttelns von dieser Brexit-Diskussion und der aktuellen Lage durch ganz Europa gehen sollte. Man sieht nämlich, dass man aus der Europäischen Union eben nicht wie aus einem Fitnessstudio austreten kann. Das zeigt uns die tägliche Erfahrung, wenn Sie in den Euregios unterwegs sind, wo alle politischen Ebenen intensiv zusammenarbeiten. Dort ist ein europäisches Wurzelwerk gewachsen. Das ist ein Wurzelwerk der Integration und des Miteinanders in Europa. Dieses Wurzelwerk kann man nicht mit einem Federstrich rückgängig machen. Man sollte das auch nicht tun. Es ist historisch gesehen ein Fehler, den Brexit zu betreiben. Er ist ein zivilisatorischer Rückschritt für Europa.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen neben dem Brexit natürlich noch vor anderen vergleichbaren Herausforderungen: Das unruhige größere Umfeld, in dem sich Europa behaupten muss, die allgemeine politische Verunsicherung in vielen Mitgliedstaaten, häufig geprägt von populistischen Ansätzen, einer Reihe von offenen Punkten, die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammen und auch die Kommission anpacken müssen – einige dieser Punkte wurden in der bisherigen Debatte schon ausgeführt –, die gesamte welt-

politische Lage, die angesichts der Diskussionen um den INF-Vertrag derzeit nicht gerade vor Stabilität und Sicherheit strotzt.

Diese Punkte werden in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Deshalb muss Europa ein Ort der Stabilität sein. Wir stehen für ein Europa, das nach außen stark und nach innen stabil ist.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem bei den großen Fragen unserer Zeit, die nicht nur uns in Bayern betreffen, sondern die Menschen weltweit, muss Europa mit einer Stimme sprechen. Das sind zum Beispiel Themen wie Währungsstabilität, Migration, Sicherheit, technologischer Wandel, Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit.

Wir müssen umso mehr mit einer Stimme sprechen, weil wir in Europa einfach weniger werden. Im Jahr 1900 haben 24 % der Weltbevölkerung in Europa gelebt. Zwar lebten im Jahr 2010 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union, das sind aber nur 7 % der Weltbevölkerung. Wenn im Jahr 2060 die Weltbevölkerung die 10-Milliarden-Grenze überschreiten wird, werden nur noch 5 % der Weltbevölkerung in Europa leben. Die weltweiten Entwicklungen zeigen uns: Wir müssen in Europa zusammenstehen, um die großen Herausforderungen zu lösen. Im Isolationismus, im Chauvinismus, im Nationalismus und in der Rückbesinnung liegt nicht die Zukunft, sondern in der europäischen Integration und der Weiterentwicklung der europäischen Idee.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb stehen wir für ein Europa der Stabilität. An dieser Stabilität müssen wir arbeiten. Dazu gehört auch die Begeisterung der Menschen für dieses Europa. Ohne die Begeisterung der Menschen wäre ein stabiles Europa kaum denkbar. Wir wollen die Vielfalt innerhalb Europas zulassen. Die unterschiedlichen Identitäten der europäischen Mitgliedstaaten und deren individuelle Kräfte wollen wir berücksichtigen. Ge-

rade wir als Bayern wollen Brücken schlagen. Dies machen wir seit vielen Jahrzehnten nach Osteuropa zu unseren Nachbarländern. In dieser Brückenbauerfunktion tragen wir zur Integration, zu Versöhnung und zum Aufbruch in die Zukunft bei.

Wir wollen Ordnung halten und wiederherstellen. Das halten wir für sehr wichtig. Gerade bei Fehlentwicklungen muss man kritisch sein und diese unter Freunden auch ansprechen. Das gilt auch für die eigene Parteienfamilie in Europa. Sich aneinander zu reiben, gehört jedoch auch zu Europa. Man sollte sich jedoch nicht gegenseitig in moralischer Überheblichkeit bewerten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auf diese Weise kann man die Probleme nicht lösen, sondern nur beschreiben und sich dabei wohlfühlen. Wir wollen die Probleme auch im kritischen Dialog mit unseren Freunden in Europa lösen und angehen.

Wir stehen für ein Europa, das die Menschen schützt und Sicherheit bietet; denn bei den großen Fragen ist es wichtig, dass Europa stark ist. Deshalb stehen wir auch für die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Europäischen Union im Rahmen der NATO. Wir stehen zu dem Konzept einer europäischen Sicherheitsunion und wollen eine noch effektivere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Ich denke beispielsweise an eine Vernetzung der Akten von Polizeibehörden, um Mehrfachidentitäten aufzudecken. Viele Bürgerinnen und Bürger denken, dass es vieles von dem schon längst gibt, obwohl wir es noch nicht haben. An dieser Stelle müssen die Mitgliedstaaten und die Kommission, wo es notwendig ist, Nägel mit Köpfen machen. Das gilt vor allem für die Zusammenarbeit der Polizeibehörden innerhalb Europas.

Wir wollen ein Europa, das auch wettbewerbsfähig ist sowie Chancen und Lebensperspektiven bietet. Warum ist Europa im weltweiten Vergleich so erfolgreich? – Unser Modell der freiheitlichen und sozialen Marktwirtschaft ist erfolgreich und attraktiv. Kern der EU ist der Binnenmarkt, der gerade für uns Bayern als innovative Exportwirtschaft eine ganz bedeutende Grundlage bildet.

Schließlich wollen wir, dass die Zukunft in unserem Europa der Jugend gehört. Wer Europa gewinnen will, muss die Jugend gewinnen. Es ist bedrückend, wenn in großen Teilen der Europäischen Union Jugendarbeitslosigkeit herrscht. Wir brauchen eine Politik der Stabilität und der Wachstumsfreundlichkeit; denn nur wenn die Menschen Perspektiven haben, blicken sie in die Weite und erkennen die Stärke Europas.

Wir wollen den Austausch fördern. Gerade der individuelle Austausch, der Dialog, das Zusammenwachsen der jungen Generationen war der Schlüssel zum Erfolg nach den verheerenden Weltkriegen. Die Eltern und Urgroßeltern lagen sich in den Schützengräben Europas gegenüber. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat ein Austausch unserer Elterngeneration begonnen. Alle von uns haben sicherlich einen Schüleraustausch mitgemacht oder Interrail genutzt. Wir haben begonnen, uns näher kennenzulernen. Wir haben ein Gefühl der Einheit Europas entwickelt. Wir haben ein Verständnis für die Vielfalt in Europa gewonnen. Aus diesem guten Geist heraus wird sich Europa weiterentwickeln. Daran sollten wir arbeiten. Meine Damen und Herren, das ist unser historischer Auftrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.